

SAH-Bern Tagung vom 10. September 2009

Dauerarbeitsplätze im ergänzenden Arbeitsmarkt

Beat Baumann, Co-Präsident und Dozent/Projektleiter Hochschule Luzern –
Soziale Arbeit

Lieben Damen und Herren

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Welche Perspektiven hat eine erwerbslose Person, die schon verschiedene Programme der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe durchlaufen hat? Die Aussicht auf ein neues Programm, eine Abklärung bei der Invalidenversicherung, Sozialhilfeunterstützung? Eine Perspektive muss mehr sein als die Aussicht, die nächsten paar Monate überbrücken zu können.

Oft ist die Rede von Gegenleistungen, die Personen erbringen müssen, die finanziell unterstützt werden. Und es wird selbstverständlich vorausgesetzt, dass sich eine erwerbslose Person den Regeln eines Programms anpasst, dass sie auch eine Tätigkeit in Kauf nehmen muss, die ihren Vorstellungen vielleicht nicht entspricht. Das ist die eine Logik, auf die sich erwerbslose Personen einlassen müssen. Die andere Logik heisst, dass auch die Programme den Vorstellungen, Ressourcen und Einschränkungen der Erwerbslosen Personen angepasst werden müssen. Programme und Massnahmen sollen auch kritisch hinterfragt, weiter entwickelt und möglicherweise durch ganz neue und andere Massnahmen ersetzt werden. Das macht die Schnelllebigkeit in diesem Zweiten Arbeitsmarkt aus.

An dieser Tagung heute geht es vor allem um diese zweite Logik. Manchmal muss man im Alltagsgeschäft dieses zweiten Arbeitsmarktes kurz innehalten, muss sich fragen, ob wir das Richtige tun und ob die Programme auch den Bedürfnissen der Programmteilnehmer entsprechen.

Viele Organisationen, Behörden und Personen in der Schweiz befinden sich in einem Suchprozess, wo es darum geht, geeignete Programme zu entwickeln, z.B. Programme für langzeiterwerbslose Personen, die diesen eine langfristige soziale Perspektive mit der Hilfe von Dauerarbeitsplätzen im zweiten Arbeitsmarkt schaffen soll.

Ich freue mich sehr über Ihr grosses Interesse an dieser Tagung. Umso mehr als das Angebot an Tagungen zum Thema Arbeitsintegration in diesem Herbst besonders gross ist.

Beim Tagungstitel haben wir den Begriff Dauerarbeitsplätze verwendet. In vielen Städten und Kantonen werden dazu neue Programme und Einsatzplätze entwickelt, und wie das ist, wenn etwas von unten entsteht, sind auch die Begriffe verschieden. Es wird von Teillohnstellen gesprochen, von unbefristeten Stellen im zweiten Arbeitsmarkt, von Nischenarbeitsplätzen oder eben von Dauerarbeitsplätzen. Meistens sind damit Stellen gemeint, die zeitlich nicht begrenzt sind und zum Teil mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Aber nicht nur die Begriffe sind vielfältig, auch die Programme, und es ist schwierig, einen Überblick zu erhalten.

Dabei ist dieser zweite Arbeitsmarkt noch gar nicht so alt. In dieser langen Rezession in den neunziger Jahren gab es Städte und Kantone, die Pionierarbeit leisteten und Projekte und Programme durchführten. Aber der entscheidende Durchbruch war eine Neukonzipierung der Arbeitslosenversicherung, wo aktive Arbeitsmarktmassnahmen 1997 verpflichtend eingeführt wurden, das ist erst 13 Jahre her. Zum breiten Durchbruch von Programmen der sozialen und beruflichen Integration bei der Sozialhilfe hat die Revision der SKOS-Richtlinien im Jahre 2005 geführt.

Und jetzt stecken wir wieder in einer grossen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die internationalen Finanzmärkte drohten die Wirtschaft in den Abgrund zu ziehen und es waren riesige Staatsausgaben nötig um eine Katastrophe zu verhindern. Es ist verständlich, dass nun nicht die ganze Bevölkerung mit Sparmassnahmen und Schuldentilgung für die Krise zahlen will. Aber das alleine reicht nicht, es braucht auch neue Lösungen, damit Hauptbetroffene dieser Krise – Arbeitslose -, die jetzt nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurückfinden und womöglich zu Langzeiterwerbslosen werden, eine sichere und soziale Perspektive haben. Angesicht der Krise dieses marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems frage ich, ob es nicht jetzt besonders legitim ist, einen Sondereffort für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und der Langzeiterwerbslosigkeit zu verlangen? Das nächste Jahr ist das Europäische Jahr zu Überwindung von Armut und Ausgrenzung. Nicht alle Langzeiterwerbslosen sind arm, aber das Risiko, es zu werden, ist hoch.

Der Bundesrat hat ein 3. Konjunkturprogramm beschlossen mit Massnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit. So sollen befristete Anstellungen in Stellennetzen für Einsätze in nichtprofitorientierten Organisationen finanziert werden. Aber eben, es sind befristete Einsätze, was für die eine Personen angemessen sein kann, ist die für die andere zu kurzfristig. Der Bundesrat hat also auch über neue Massnahmen nachgedacht.

Aber kehren wir zurück zur Arbeit mit Programmen und Projekten, um die es heute geht. Bei der Vorbereitung der Tagung haben wir Fragen an die heutige Veranstaltung gestellt: Für welche Personen und Gruppen eignen sich

Dauerarbeitsplätze und für welche Gruppen eben gerade nicht? Was eigentlich sind Dauerarbeitsplätze und wie können sie geschaffen werden? Und in welchen Betrieben und Branchen? Die Arbeitslosenversicherung hat nicht nur die Funktion, den Arbeitslosen ein Ersatzeinkommen zu geben, sondern sie schützt auch den Arbeitsmarkt vor Lohndumping, denn hätten die Erwerbslosen keine finanzielle Unterstützung, dann müssten sie auch zu ganz geringen Löhnen arbeiten, um ihre Existenz zu sichern. Deshalb haben die Gewerkschaften auch immer einen kritischen Blick auf den zweiten Arbeitsmarkt gerichtet. Sind das Programme, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Druck setzen? Oder ganz allgemein: welchen Anforderungen sollten solche Programme genügen?

Das SAH-Bern hat diese Tagung organisiert, weil wir die sozialpolitische Diskussion im Kanton Bern beleben möchten. Der Kanton selbst, die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat einen Sozialbericht verfasst, schön gestaltet, auch mit ausführlichen Interviews von armutsbetroffenen Personen. Aber er hat nicht nur die soziale Lage analysiert, er hat auch ein konkretes Ziel gesetzt. Der Kanton will die Armutsquote halbieren innerhalb von 10 Jahren bis ins Jahr 2019. Dazu gehört die Überwindung oder zumindest Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit.

Mit anderen Hilfswerken und Dienstleistungsanbietern zusammen will das SAH-Bern erörtern, welche Massnahmen zu diesem Ziel beitragen können. Die Erfahrungen, die Beraterinnen, Sozialarbeiter, Agogen und andere Berufsgruppen machen, sind eminent wichtig für die Gestaltung von Massnahmen und Programmen. Wir sind bestrebt, dass diese Erfahrungen vor Ort, von der Basis auch bis zum Kanton kommen, und dort in die Programmgestaltung einfliessen. Fachliche Fragen sind aufs engste verknüpft mit sozialpolitischen Fragen.

An dieser Schnittstelle von Facharbeit und Sozialpolitik werden Sie heute diskutieren. Ich wünsche Ihnen eine anregende Tagung.

Schlussreferat

Sie haben heute intensiv diskutiert, was erwerbslose und langzeiterwerbslose Personen an Unterstützung benötigen, welche Art von Programmen, welche Tätigkeiten und welche soziale Sicherheiten sie brauchen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal kurz einen Bogen zur Sozialpolitik machen.

Auf der politischen Ebene hat die parlamentarische Behandlung der vierten Revision der Arbeitslosenversicherung begonnen. Dabei soll das finanzielle Gleichgewicht wiederhergestellt werden, einerseits über Mehreinnahmen und andererseits über Abbaumassnahmen. Abbaumassnahmen sind fragwürdig, erst recht in dieser Krise. Ein Punkt ist dabei für die Langzeiterwerbslosen, aber auch die Kantone und Städte besonders schmerzhaft, denn in Zukunft sollen Programme der Sozialhilfe keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung generieren. Damit wird die Sozialhilfe in Zukunft noch stärker belastet, und ist es die Sozialhilfe, die auch in den vergangenen Jahren einen immer höheren Anteil der Unterstützung von langzeiterwerbslose Personen tragen musste.

Ich bin der Meinung, dass es noch einmal ganz andere Lösungen braucht. Eine Gruppe der Hochschule Luzern, soziale Arbeit ist daran die Idee einer eigenen Sozialversicherung für Langezeiterwerbslosigkeit auszuarbeiten. Ausgangspunkt ist das Problem, dass weder Arbeitslosenversicherung noch die IV zuständig sind für langzeiterwerbslose Personen. Bei den vergangenen Revisionen dieser Sozialversicherungen wurde der Zugang zu Leistungen eingeeengt.

Langzeiterwerbslose Personen brauchen aber eine besonders umfassende Beratung und Begleitung, sie benötigen auch eine langfristig sichere soziale Perspektive. Im heutigen System wird ihnen das nicht geboten und wir regen an, eine eigene Sozialversicherung zu konzipieren. Langzeiterwerbslose würden so lange von dieser Sozialversicherung unterstützt, bis sie zusammen mit der Beraterin oder dem Berater eine nachhaltige Lösung gefunden haben, das kann aber muss nicht eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt sein, das kann auch ein Dauerarbeitsplatz im zweiten Arbeitsmarkt sein, das ist vielleicht eine Ausbildung oder eine Tätigkeit in der Freiwilligenarbeit. Das Spektrum der Möglichkeiten muss erweitert werden. Es braucht individuell abgestimmte Lösungen. Wichtig ist bei dieser Sozialversicherung, dass sie unbegrenzt dauert, oder besser gesagt, sie dauert so lange bis eine Lösung gefunden wurde. Jetzt ist die Gelegenheit solcher weiterreichenden Reformen zu diskutieren.

Damit schliesse ich diesen sozialpolitischen Ausblick und komme zum Dank.